

Berlin, 16. November 2023

Thomas Mirow:

Begrüßung Jahrestagung 2023 der Deutschen Nationalstiftung

Anrede

Zur diesjährigen Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung darf ich Sie alle sehr herzlich begrüßen. Wie schon in den Vorjahren möchten wir Ihnen heute Abend unsere neu erschienenen „Berichte zur Lage der Nation“ vorstellen und mit einigen unserer Autorinnen und Autoren sowie mit Ihnen, verehrte Gäste, über die in dem aktuellen Band, abgehandelten Themen diskutieren. Der Titel unseres diesjährigen Jahrbuchs lautet: „Kraftakt – Warum wir uns neu bewähren müssen“.

Allerdings hat dieser Appell an die deutsche Gesellschaft, sich neu zu bewähren, in den letzten Wochen noch eine ganz andere Dimension bekommen: zu dem weiter fortdauernden, schrecklichen Krieg in der Ukraine, den wir nicht aus dem Blick verlieren dürfen, hat sich ein weiterer blutiger Konflikt hinzugesellt, der uns ebenfalls unmittelbar betrifft und berührt. Der furchtbare terroristische Angriff der Hamas, der weit über 1000 Israelis das Leben gekostet und über zweihundert Menschen in eine lebensbedrohliche Gefangenschaft geführt hat, stellt Israels Existenzrecht neuerlich gewaltsam in Frage und bedroht auf fürchterliche Weise die Sicherheit der Jüdinnen und Juden, vor allem, aber nicht nur in Israel. Der dadurch ausgelöste Krieg im Gaza-Streifen führt nun auch dort zum Tod tausender Unschuldiger, zu schrecklichem Elend und existenzieller Not Hunderttausender.

Doch wo Trauer und Anteilnahme am Schicksal aller Betroffenen vorherrschen sollten, kam und kommt es in vielen Teilen der Welt, auch bei uns, zu gewalttätigen Demonstrationen, zu antisemitischen Anschlägen, zu widerwärtigen Hasskampagnen in sozialen Netzwerken.

Wir haben es deshalb für richtig gehalten, an dieser Stelle unser Senats-Mitglied, den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Dr.

Josef Schuster, zu Wort kommen zu lassen. Da er leider persönlich heute nicht hier sein kann, hat er uns die folgende Aufzeichnung übermittelt:

Ich bin sicher: Wir alle in der Deutschen Nationalstiftung und diejenigen, die sich uns verbunden fühlen, werden diesen eindringlichen Appell weitertragen und sich ihm verpflichtet fühlen.

Was aber hat uns schon lange vor dem 7. Oktober 2023 bewogen, von einer neuen Bewährungsprobe für die Deutschen zu sprechen?

Die Industrie am Ende. Unser Land vor dem Abstieg. Deutschland erneut „der kranke Mann Europas“. Urteile dieser Art sind immer häufiger zu hören und befeuern eine zunehmend hitzig geführte Debatte über unsere Zukunft.

Was ist geschehen?

Russlands Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hat Europa buchstäblich über Nacht vor enorme Herausforderungen gestellt. Streitkräfte mussten neu aufgestellt, die NATO als Verteidigungsbündnis revitalisiert werden. Die Ukraine bedurfte sofortiger Hilfe, auch militärischer. Zugleich galt es, das Risiko eines kriegerischen Flächenbrandes so gering wie irgend möglich zu halten. Private Haushalte und die produzierende Wirtschaft benötigten ausreichend Energie aus neu zu erschließenden Quellen. Nur mit teuren staatlichen Programmen ließen sich die Folgen schnell steigender Preise zumindest teilweise abfedern.

Politik und Gesellschaft hat dieses Krisenmanagement viel abverlangt. Das Resultat kann sich, alles in allem, sehen lassen. Europa blieb von einschneidenden Mangelsituationen und wirtschaftlichen Einbrüchen verschont. Unsere Demokratien, auch und zumal die Europäische Union, konnten zeigen, dass sie, wenn es darauf ankommt, durchaus zu schnellem und wirksamem Handeln in der Lage sind.

Ein Jahr später aber, mit dem genaueren Blick auf die Zukunft, wächst die Sorge, Europa als Ganzes und Deutschland insbesondere könnten nicht nur aufgrund des Kriegs strukturell und dauerhaft an Wohlstand verlieren - mit gravierenden Folgen für die Stabilität der Sozialsysteme und den

Zusammenhalt in der Gesellschaft, aber auch für die Rolle unseres Kontinents in einem sich dramatisch zuspitzenden globalen Wettbewerb der Mächte.

An gewichtigen Begründungen für diese Befürchtung herrscht kein Mangel: Der Internationale Währungsfonds prognostiziert für Deutschland als einzigem der großen Industriestaaten ein Negativwachstum für das laufende Jahr. Die Sprecherin der Automobilindustrie diagnostizierte eine „toxische Lage“ im Land. Große Chemiebetriebe, eine weitere deutsche Schlüsselindustrie, legten unter Verweis auf zu hohe Energiekosten ganze Produktionen still. Droht Deutschland also, wie nicht wenige meinen, eine allgemeine „De-Industrialisierung“, gar der Verlust seines bisherigen Wirtschaftsmodells?

Eine Reihe spektakulärer Großinvestitionen, vor allem im Bereich der ostdeutschen Chip-Industrie, die mit Hilfe öffentlicher Förderungen in Milliardenhöhe gesichert wurden, ließen auch andere, gelassene Stimmen laut werden: Das Land gehe durch einen tiefen Strukturwandel, wie es ihn immer wieder gegeben habe. Am Ende werde Deutschland dank seiner Exzellenz in Wissenschaft und Forschung mit Hilfe transformativer Technologien zu neuer Wettbewerbsstärke finden.

Langfristige Versäumnisse und strukturelle Schwächen unseres Landes, so viel steht fest, sind nicht mehr zu übersehen: eine Überalterung der Gesellschaft mit dem daraus resultierenden Fachkräftemangel und den Folgen für die Finanzierung von Renten und Pflege; hohe Bürokratielasten und ein flagranter Rückstand in der Digitalisierung nicht allein, aber insbesondere der öffentlichen Verwaltung; ein enormer Sanierungstau bei Straßen, Schienen und Brücken; Schwächen in der Bildung, in der Kinderbetreuung, im Gesundheitssystem, fehlende Wohnungen in den Ballungszentren, vor allem solche zu bezahlbaren Preisen.

Wo sich Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft des Landes breit machen, finden politische Extremisten leicht Gehör - und der wachsende Pessimismus in der Gesellschaft ist mit Händen zu greifen. In einer jüngeren Allensbach-Umfrage zeigten sich von allen Befragten „nur 31 Prozent ... überzeugt, dass Deutschland sich auf Sicht der nächsten zehn Jahre gut entwickeln wird. Und auch nur 39 Prozent sind zuversichtlich, dass Deutschland in zehn bis 15

Jahren noch zu den führenden Wirtschaftsnationen gehören wird; vor fünf Jahren waren davon noch 59 Prozent überzeugt.“ (FAZ vom 26.1.2023)

Neue Fundamente für nachhaltigen Wohlstand und gesicherte Sozialstaatlichkeit zu schaffen, wird einen *Kraftakt* erfordern, der nur auf gesellschaftlich unterstützten Zielen und gesicherten Orientierungen gründen kann. Die Deutschen werden für sich die Frage beantworten müssen, wie sie sich (mehrheitlich) eine gute Zukunft vorstellen, worauf es aus ihrer Sicht dabei besonders ankommt und nicht zuletzt: was sie selbst dafür zu tun bereit sind.

Eröffnet werden unsere diesjährigen *Berichte* von Jürgen Kaube, Soziologe und bekannter Mitherausgeber der FAZ, der in seinem Beitrag unter Hinzuziehung zahlreicher Analysen und Befragungen einen kaleidoskopischen Blick auf die Lage des Landes geworfen hat. Er wird hierzu gleich einen einführenden Vortrag halten. Mit ihm werden anschließend diskutieren: Martin Schröder, Soziologie-Professor an der Universität des Saarlandes und Bestseller-Autor, der sich intensiv mit Haltungen und Einstellungen der Deutschen, nicht allein, aber insbesondere zu Arbeit und Beruf befasst hat und Sabine Reh vom Leibniz-Institut für Bildungsforschung in Frankfurt, die in ihrem Text über die Anforderungen an ein zukunftstaugliches Schulsystem reflektiert und begründet, warum es so wichtig ist, neues Vertrauen in die Leistungsfähigkeit öffentlicher Schulen zu schaffen. (Durch die Diskussion wird uns meine Vorstandskollegin und frühere RBB-Intendantin, Frau Dagmar Reim führen).

Die insgesamt acht Beiträge zu diesem Buch weisen natürlich eine große Bandbreite an Meinungen, Einschätzungen und Vorschlägen auf. Sie benennen viele ernst zu nehmende Risiken für unseren zukünftigen Wohlstand, kritisieren gravierende Fehlentwicklungen, aber legen Politik und Gesellschaft auch gleichermaßen notwendige wie realistische Reformen nahe. Gemeinsam ist ihnen, dass sie Schwächen *und* Stärken Deutschlands herausarbeiten.

Und darum muss es gehen: Pessimismus und Resignation dürfen nicht die Oberhand gewinnen. Sie lösen keine Probleme, sondern schüren Ängste – mit gefährlichen politischen Folgen. Unser Land hat weiterhin beträchtliche Vorzüge und hält große Potenziale bereit. Allerdings wird es großer

Anstrengungen bedürfen, sie auf die Anforderungen einer anderen Zeit auszurichten.

Wir werden uns neu bewähren müssen.